

## So halten es die 21 Kommunen



### Strassenausbau uNd Anliegerbeiträge

**Barsinghausen:** In der Deister-Stadt wird die Straßenausbaubeitragssatzung (Strabs) bereits seit vielen Jahren heftig diskutiert. Jetzt sind sich Stadtverwaltung und Ratsmehrheit einig, die Strabs ersatzlos zu streichen. Die entscheidende Abstimmung findet Anfang 2019 statt.

**Burgdorf:** In Burgdorf steht die Strabs-Debatte noch am Anfang. Von einer Abschaffung ist bisher nicht die Rede, Politiker fordern aber günstigere Konditionen, wenn Bürger zur Kasse gebeten werden.

**Burgwedel:** In der wohlhabenden Kommune sind noch nie Straßenausbaubeiträge erhoben worden. Jetzt hat der Rat eine Strabs beschlossen. Straßenerneuerungen sollen die Bürger mit wiederkehrenden Beiträgen finanzieren, die pro Quartier erhoben werden.

**Garbsen:** In Garbsen hat die SPD im Februar eine Diskussion über Sinn und Unsinn der Strabs angestoßen. Bisher hat sich im Rat kaum eine Fraktion eindeutig positioniert. Die CDU hält die Strabs für ein Auslaufmodell, die Debatte dauert an.

**Gehrdens:** Immer wieder beschwerten sich Bürger, wenn sie zur Kasse gebeten werden, doch der Rat hält bisher an der Strabs fest. 1998 hatte die Politik beschlossen, Beiträge zu Straßenerneuerungen zu erheben.

**Hannover:** Das Mehrheitsbündnis im Rat (SPD, Grüne, FDP) hat sich entschlossen, die Strabs zum 1. Januar 2019 abzuschaffen. Steuererhöhungen zur Kompensation der Einnahmefälle sind nicht geplant. Der Ratsbeschluss erfolgt am 13. Dezember.

**Hemmingen:** Die Diskussion steht noch ganz am Anfang. Die Unabhängigen Hemminger (DUH) wollen von der Stadtverwaltung wissen, welche Kosten auf Anlieger in den nächsten Jahren bei Straßenausbauvorhaben zukommen.

**Isernhagen:** Die Strabs wird in Isernhagen kontrovers diskutiert. Alle Meinungen sind im Rat vertreten – vom Beibehalten der Regelung über den Wunsch nach wiederkehrenden Beiträgen bis hin zum ersatzlosen Streichen. Die Debatte dauert an.

**Laatzten:** Die Ratspolitik hat sich mehrheitlich festgelegt: Die Straßenausbaubeiträge sollen ab 1. Januar 2019 nicht mehr erhoben werden. Am Donnerstag, 13. Dezember, fällt der Rat die Entscheidung, die Verwaltung hat wegen der klammen Stadtkasse Bedenken.

**Langenhagen:** In Langenhagen werden seit 1992 keine Beiträge zur Straßenerneuerung erhoben. Bürgermeister Mirko Heuer wundert sich, dass er zuletzt häufig aufgefordert wurde, dem Beispiel anderer Kommunen zu folgen und sich für die Abschaffung der Strabs einzusetzen.

**Lehrte:** In Lehrte wird aktuell diskutiert, wie die Strabs verändert werden sollte. Die CDU schlägt vor, den Bürgern entgegenzukommen, etwa durch Ratenzahlungen und Übernahme von Kosten für die Beseitigung von Altlasten.

**Neustadt:** In Neustadt prüft die Verwaltung, wie stark die Stadtkasse belastet wird, sollten die Bürgerbeiträge entfallen. Das Ergebnis liegt noch nicht vor, der Ausgang der politischen Diskussion ist offen.

**Pattensen:** In Pattensen wird die Strabs derzeit viel diskutiert, ein Antrag auf Abschaffung liegt aber nicht vor. Die Stadt hält an den Bürgerbeiträgen fest, in der Ratspolitik gehen die Meinungen noch stark auseinander.

**Ronnenberg:** In Ronnenberg sind Grundstückseigentümer erst dreimal in 15 Jahren bei Straßensanierungen zur Kasse gebeten worden. Jetzt plant die Stadtverwaltung ein Sanierungsprogramm – und die Diskussion um die Strabs beginnt.

**Seelze:** In Seelze hat die SPD Zweifel an der Strabs und will eine Diskussion beginnen. Bis zur Verabschiedung des Haushalts für das Jahr 2020 soll geklärt werden, ob Anlieger weiter an den Kosten für Straßenerneuerungen beteiligt werden sollen.

**Sehnde:** Sehnde hält an den Bürgerbeiträgen fest, doch der Rat hat jetzt einige Änderungen der Strabs zum 1. Januar 2019 beschlossen. Ratenzahlungen sollen leichter möglich sein, die Zinsbelastung soll sich verringern.

**Springe:** Einmalzahlungen für Straßenausbauarbeiten sind abgeschafft, Eigentümer werden mit wiederkehrenden Beiträgen zur Kasse gebeten. Gegen das neue System hat der Verband Wohneigentum Niedersachsen bereits Klage beim Obergericht eingereicht.

**Uetze:** In Uetze wird diskutiert, ob die derzeitige Straßenausbaubeitragssatzung abgeschafft und durch wiederkehrende Beiträge ersetzt werden sollte. Noch hat sich die Ratspolitik zu keiner Entscheidung durchgerungen.

**Wedemark:** In der Wedemark geht es ruhiger zu. Die Bürgerbeiträge für Straßenerneuerung sind kein Streitthema. Weder Stadtverwaltung noch Ratspolitik sehen sich genötigt, die bisherige Regelung zu verändern.

**Wennigsen:** Die Strabs steht in Wennigsen vor dem Fall, doch zeichnen sich Probleme ab: Große Anlieger wie die Klosterkammer zahlen keine Grundsteuer. Sollte die Satzung kippen und sollten Einnahmefälle durch höhere Grundsteuer kompensiert werden, müsste die Klosterkammer nichts mehr für den Straßenbau zahlen.

**Wunstorf:** Die klamme Kommune sieht keine Möglichkeit, auf die Bürgerbeiträge zu verzichten. Eine Abschaffung risse eine große Lücke in den Haushalt, meint die Verwaltung. Die Ratsmehrheit hat sich noch keine Meinung gebildet. asl